

Danzig, Dienstag, den 29. Januar 1867.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. — Al. Königl. Post-Ausfalten nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. In Danzig: die Expedition der Westpreußischen Zeitung, Hundegegasse 70. Vierteljährlicher Abonnement-Preis: für Danzig 1 Thlr.; bei allen Königl. Post-Ausfalten 1 Thlr. 5 Sgr. — Monats-Abonnements 12½ Sgr.

Danzig, Dienstag, den 29. Januar 1867.



Insertions-Gebühren: die Petit-Spalte über deren Raum 1 Sgr.

Inserate nehmen an:

in Berlin: A. Nettemeyer's Central-Annoncen-Bureau, Breitestr. 2,
in Hamburg, Frankfurt a. M. u. Wien: Haasenstein & Bogler,
in Leipzig: Illiger & Co.,
in Danzig: die Expedition der Westpreuß. Zeitung, Hundegegasse 70.

Einzelne Nummen 1 Sgr.

Preußische Zeitung.

Eine Wahl-Broschüre.

Von dem, durch sein zu Ende des Jahres 1848 erschienenes Wahlbüchlein und durch seine vaterländischen Dramen wohlbekannten Dr. Hans Köster ist vor Kurzem eine kleine Schrift: "Die Wahlen zum Deutschen Parlament" erschienen, welche um so mehr Beachtung verient, je weniger Stimmen gerade aus conservativen Kreisen bisher über diesen wichtigen Gegenstand laut geworden sind.

Der Verfasser bezeichnet seine Schrift als einen "Wahnruf an das Preußische Volk" und fordert dazu auf, sich zu einer nationalen Partei zu vereinigen und Hand in Hand mit dem großen Staatsmann zu gehen, von dem der Gedanke des Deutschen Parlaments ausgegangen und dessen große Aufgabe darauf gerichtet ist, die Einigung Deutscher Nation durch sie zu Stande zu bringen und den geographischen Begriff Deutschland in die historische Wirklichkeit zu übertragen.

"Wenn wir nicht Alles wieder verderben wollen, was König Wilhelm, das Preußische Volk in Waffen und Graf Bismarck gut gemacht haben, so müssen wir für das bevorstehende Parlament eine Partei schaffen, die allen Uebertreibungen abhold, mit beiden Händen die Einheit- und Machtfrage Deutscher Nation ergreift und festhält, und sie zunächst in dem Sinne und nach den Ideen ihres Schöpfers zu lösen versucht."

Er wendet sich dann gegen die Fortschrittmänner, die gegen die Politik des Grafen Bismarck im Namen des Rechts und der Freiheit protestiren zu können glauben. Ihr Thoren! Ein unbeschränktes Budgetrecht und die ausschließliche Bewilligung oder Versagung der Steuern bei einem Factor der Gesetzgebung steht Minister ein und ab, commandirt die Armeen, entscheidet über Krieg und Frieden und macht den König zum Grosspensionär der Civilliste. Wo ist euch ein solches Recht beigelegt? Freilich müßten die Männer, die noch so eben diesem Ministerium keinen Mann und keinen Groschen bewilligen und seiner Politik mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln entgegentreten wollten, jetzt dassehen und nach den glänzenden Erfolgen unserer sieggekrönten Armee auf das wüste Geschrei des Hasses, die Anklage von Rechtsbruch, von Ablauf von Deutschland und Österreich beschämt zurückblicken! Es giebt wohl nichts Ähnliches in der Weltgeschichte, als daß ein sieggekrönter König, nachdem er, unbeirrt durch das Geschrei drr Opposition, mit weiser Vorsicht ein zahlreiches, waffengeübtes Heer geschaffen und selbst zum Siege geführt, nun sich nicht allein vor dem Herrn der Heerschaaren beugt und ihm den Sieg zurückgibt, sondern auch von dem bisher widerstreitenden Abgeordneten-hause Indemnität fordert — dafür, daß er Deutschland befreit und Preußen groß gemacht hat.

"Und nicht wahr, unser Landtag dachte groß genug, die Königliche Hand, die ihm so warm und prunklos geboten wurde, mit Begeisterung zu ergreifen, geschehenes Unrecht männlich einzustehen, und grüßte, wie mit einer Stimme, König Wilhelm als den Wiederhersteller des Vaterlandes?"

"O nein! o nein! — zu keiner Stunde habe ich des Grafen Bismarck Wort, das Preußische Volk sei fast zu gebildet für die Freiheit, besser verstanden, als gerade in diesen Tagen; die Kritik, scheint es, schließt die Begeisterung aus, oder überläßt sie weniger gebildeten Nationen. Aber wird nicht ein klüftiger Geschichtsschreiber mit Erstaunen vor dem nüchternen Konglomerat von Gauleuten stehen blei-

ben, mit denen das Abgeordnetenhaus die Königliche Botschaft annahm? Dieselben Männer, die Preußen den Grobmachtkrieg anstreben wollten, geben sich jetzt, als hätte die Regierung nur ihrem Rathe folgen dürfen, um ganz Deutschland auch über die Mainlinie hinaus zu annexieren, als sei es ein großer Fehler, daß das Ministerium nicht auch Sachsen und Oberhessen annexierte, sondern wie einen Pfahl in unserm Fleische stecken ließ. Ja, waret ihr großen Helden auch nur in einer einzigen Action — wenn auch nur als Trommelschläger oder Pfeifer — dem Feinde entgegengegangen, dann könnte man euer Bramarabairen wenigstens begreiflich finden."

Der Verf. erinnert hierbei an die tressenden Worte des Grafen Bismarck: "Die Spize des Berges, zu dem man hinauf wolle, sehe man wohl; eile man ihr aber entgegen, so werde man erst die reisenden Bergstraße und gähnenden Abgründe gewahr, die uns von dem zu erreichenden Ziele trennen." Einem solchen Manne genübler geziemt es sich wohl, auch einmal zu ergreifen, wo einem das Begreifen nicht recht in den Kopf will.

Möchten doch viele Männer von der Einsicht, der Lebensstellung und patriotischen Gesinnung des Verfassers durch Wahl in das Deutsche Parlament berufen werden! Derselbe Verf. sagt in einer später erschienenen "Wahlrede", die er im patriotischen Verein zu Cottbus gehalten (Cottbus bei Brand 1867, 2. Auflage) mit Recht: "Die Mitglieder des Deutschen Parlaments werden zu etwa 2/3 aus Preußen bestehen, und es ist daher die Schuld des Preußischen Volks, wenn entweder nichts, oder gar etwas zu Stande käme, was Preußen schädigte. Wehe uns deshalb, wenn unsere Kinder und Kindeskinde dereinst von uns sagen müßten: der König rief, und sein Volk kam nicht; wir leiden, weil unsre Väter ihre Pflicht nicht verstanden."

Telegraphische Depeschen

der Westpreußischen Zeitung

Kiel, 28. Jan. General Freiherr von Mantaußel hat, wegen geschwächter Gesundheit, wiederholt um seine Entlassung gebeten. Er ist daher, unter Beibehalt seiner Stellung als Generaladjutant, von dem Kommando des 9. Armeekorps und Beifuss Wiederherstellung seiner Gesundheit für ein Jahr von jeder andern Dienstleistung entbunden worden. Ob er nach Ablauf dieser Zeit sein bisheriges Kommando nicht wieder übernehmen wird, scheint zweifelhaft, da sein Nachfolger, General-Lieutenant v. Mannstein, noch nicht definitiv zum kommandirenden General ernannt ist.

Hamburg, 28. Jan. Als Kandidaten für den Norddeutschen Reichstag sind hier aufgestellt die Herren Slomann, Chapeaurouge und Dr. Anton Rée.

München, 28. Jan. Die "Bayerische Zeitung" erklärt das Gericht, der Kriegsminister habe seine Entlassung nachgesucht, so wie die Angabe mehrerer Journale, Generalleutnant Stephan (Kommandant von Nürnberg) sei in den Ruhestand versetzt, für unbegründet.

München, 28. Jan. Die "Bayerische Zeitung" veröffentlicht in ihrem amtlichen Theile gleichlautende Noten, welche am 9. d. M. an die bayerischen Gesandten in Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt ergangen sind. In denselben heißt es: Nach Aufhebung des deutschen Bundes gebiete es bei der Schwierigkeit eine neue Bundesverfassung zwischen Bayern und

die unbeweglichen verkaufen. Die oben genannten Pensionen werden auch dann von den Bischöfen gezahlt.

Dem Projekt folgt die Konvention, welche zwischen dem Finanzminister Scialoja und Hrn. Langrand-Dumonceau abgeschlossen ist.

Die "Italie" sagt: Ungeachtet der Note des "Giornale di Roma" ist der heilige Stuhl dem Projekt über die Kirchengüter nicht so entschieden entgegen, als man glauben könnte. Das "Giornale di Roma" sage zwar, der Papst habe die Konvention nicht gebilligt, aber es erwähne nicht, daß es den Bischöfen verboten worden sei, ihre Zustimmung zu geben. Man füge sogar hinzu, der heilige Stuhl würde seine Zustimmung geben, um größeres Unglück zu verhüten.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 28. Januar.

(59. Sitzung) Präsident v. Borckenfeld; om Ministerial Freiherr v. d. Heydt und v. Selchow sowie mehrere Regierungs-Kommissare. Die Tribünen sind fast leer, die Plätze im Hause sehr spärlich besetzt. Der Präsident eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 10 Minuten und verliest zunächst eine sehr große Zahl von Entschuldigungen gesuchten wegen Unwohlseins. Dann tritt das Haus in die Tagesordnung: die Berathung des Berichts der Finanzkommission über die provisorisch erlassenen drei Verordnungen vom 6. Januar 1866, betreffend die Salzsteuer und Branntweinstuer in dem Jadegebiet. Die Kommission empfiehlt, den drei Verordnungen — wenngleich deren ohne vorgängige Zustimmung des Landtages erfolgter Erlass nicht für gerechtfertigt zu erachten — die verfassungsmäßige Genehmigung zu ertheilen. — Der Finanz-Minister Freiherr v. d. Heydt empfiehlt dem Hause, die Genehmigung auszusprechen, ohne den von der Kommission beantragten Zusatz.

Der Referent Abg. Krieger (Berlin) stellt es dem Hause auheim, ob dasselbe dem Wunsche des Herrn Ministers entsprechen wolle. Abg. Reichenheim beantragt Theilung des Antrages bei der Abstimmung. Das Haus nimmt mit sehr großer Majorität den Kommissions-Antrag ohne den Zusatz an.

Es folgt der Bericht der Handels-Kommission über den Antrag des Abg. Rohden und Genossen, betreffend die Erhöhung des Binfenzuzuges der gesetzlich der Bank zugesetzten gerichtlichen Deposital-Kapitalien und der Einlagen der Kirchen, Schulen u. s. w.

Die Kommission beantragt Übergang zur Tagesordnung. Es erhält zunächst das Wort zur Begründung seines Antrages der Abg. Rohden: Der Bericht der Kommission zeigt eine große Masse von Zahlen, um meinen Antrag zu veranlichen; ich kann auf diese hier nicht eingehen. Wenn ich allerdings nun nicht alle Gründe widerlegen kann, so bleibt mir doch immer übrig, den Grund meines Antrages darzulegen, und mögen Sie beschließen, wie sie wollen, ich werde mich von dem nicht abringen lassen, was mir verfassungsmäßig freisteht, in den künftigen Jahren denselben Antrag in dieser oder einer anderen Form wieder einzubringen, bis er durchdringt; denn die Sache ist gerecht und ihr muß Befriedigung werden. Redner widerlegt nun die Reihe der in dem Kommissions-Berichte gegen ihn angeführten Gründe und schließt mit der Hoffnung, daß das Haus seinen Antrag annehmen werde, damit der Staat im Stande sei, dem Nothstande abzuholzen.

Abg. Michaelis (Stettin): Eine Binfenzuhöhung könnte wohl eintreten, und ich mache darauf ansmerksam, daß Privatbanken bei Deposital-Kapitalien gegen halbjährige Fälligkeit einen Binfaz zahlen, der ein Prozent niedriger, als der Bankdiskont ist. Dagegen muß ich hervorheben, daß hier zwei verschiedene Gesetze konkurrieren, das Bankgesetz und die Vermundschafsst-Gesetzgebung; daher kann sich das Hans nicht in der Lage

befinden, sofort in dieser Sache Beschluss zu fassen; aber es würde dieser Antrag bei Ablauf des Bankprivilegiums im Jahre 1871 in Erwägung zu ziehen sein. Darüber möchte ich jedoch von der Staatsregierung Auskunft wünschen, ob dieselbe etwa im Jahre 1871 das bestehende Privilegium der Bank weiter prolongiren oder ob sie eine Reformierung des Bankinstituts durch Heranziehung einer Kommission von Sachverständigen herbeiführen will.

Zur Sache selbst empfehle ich Ihnen, den Kommissionsantrag anzunehmen.

Abgeordneter Dr. Michaelis (Allenstein) für den Antrag Rohden: Man muß den Antrag vom Standpunkte der Humanität und nicht von dem des Geldinteresses beurtheilen; und ich wende mich namentlich an die liberale Seite des Hauses mit der Bitte, den Hansemannschen Grundsatz hier nicht geltend zu lassen. In Geldsachen darf nicht die Gemüthlichkeit aufhören. Staat und Kirche sollen gemeinsam die Humanität zu fördern suchen.

Regierungs-Kommissar Haupt-Bankpräsident von Decken: Herr Michaelis fragte, ob die Bankordnung im Jahre 1871 pure zu prolongiren sein werde, oder ob die Regierung eine Kommission — wie dies in Frankreich geschehen — niedersetzen werde, um das Bank-Institut den jetzigen Verhältnissen entsprechend umzuformen. Ich bin vorbereitet und nicht in der Lage, hier Nomens der Staatsregierung eine definitiv Erklärung abzugeben, glaube aber versichern zu können, daß die Staatsregierung diese Angelegenheit sehr sorgfältig erwägen und auch hierzu Sachverständige heranziehen wird, da sie die Ansichten des Hrn. Abg. Michaelis teilt.

Abg. Frhr. v. Vincke (Hagen) spricht für den Kommissions-Antrag, bleibt aber, da er sich vor den Stenographisch hinstellt, auf der Journalistentribüne ganz unverständlich.

Der (inzwischen eingetretene) Justiz-Minister Graf zur Lippe erklärt, daß auch die Staatsregierung den Übergang zur Tagesordnung nicht so aussalle, als ob ein Mangel an Interesse oder an Humanität darin liege. Auch die Staatsregierung könne ein so dringendes Bedürfnis für eine Änderung des gegenwärtigen Verfahrens nicht anerkennen.

Nach einer Replik des Abgeordneten Dr. Michaelis (Allenstein) wird die Diskussion geschlossen und der Kommissionsantrag mit großer Majorität angenommen.

Der 3. Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Handels-Kommission über den Gesetzentwurf, betreffend den Gewerbebetrieb der Versicherungs-Agenten. Die Abgeordneten Michaelis (Stettin), Krieger (Berlin) und Genossen haben beim Hause einen Gesetzentwurf eingebracht, nach welchem Beamtete, Haupt- und Unter-Agenten von Versicherungs-Gesellschaften fortan auch außerhalb ihres Wohnortes umherziehend Versicherungen aufnehmen können.

Außerdem sind verschiedene Petitionen eingegangen, welche sämtlich für die Versicherungs-Agenten die Freigabe des Hauses beantragen. Die Commission beantragt die Annahme des Gesetz-Entwurfs und durch diesen Beschluß die Petitionen für erledigt zu erklären. Berichterstatter ist der Abg. Cornely. Abg. Ludwig beantwortet den Commissions-Antrag.

Abg. v. Nordensteyn erklärt sich dagegen weil er das Hausseins des Gewerbebetriebes nicht für ein Postulat der volkswirtschaftlichen Freiheit betrachten könne. Nachdem die Vorsicht bei der Concessions-Erteilung selbst erheblich gelockert worden, müsse nach dieser Richtung hin die Vorsicht aufrecht erhalten werden. Das stehende Gewerbe sei die Regel, der Haushaltsverlehr die Ausnahme, welcher eine strenge staatliche Aufsicht erheische. Nur das Vorhandensein durchschlagender Gründe könne die Erweiterung und Verstärkung der Ausnahme rechtfertigen, solche seien aber nicht vorhanden.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Es erhält das Wort der Antragsteller Abg. Michaelis (Stettin): Ich habe durch meinen Gesetzentwurf, den ich Ihnen vorlege, aus den vielen Punkten unseres Versicherungswesens, die einer Verbesserung bedürfen, nur den Punkt herausgegriffen, der im Augenblick der brennendste geworden ist, seitdem eine Besteuerung des Versicherungsgewerbes eingetreten ist. Die Konkurrenz der Sozialitäten, die seit einer gewissen Periode eingetreten ist, ist für das Versicherungswesen selbst unerträglich geworden und droht dasselbe ebenso, wie auch das Publikum um die Vortheile zu bringen, welche die Beseitigung des Verbots des Hauses Seitens der Agenten bringt. Der Herr Redner, der für meinen Antrag sprach, hat Ihnen bereits dargelegt, daß durch das Verbot die Gesellschaften gezwungen seien, mehr Agenten anzustellen und größere Anforderungen zu stellen, und daß das Versicherungsgewerbe selbst herabstufen würde. Wird aber der Gewerbebetrieb für die Versicherungs-Agenten immer mehr freigegeben, so bekommen die Gesellschaften die Möglichkeit, tüchtige Versicherungsbeamte für größere Umkreise anzustellen. Das ist die eine Wirkung meines Antrages, welcher dahin geht, den mancherlei Mängeln, worüber der letzte Herr Redner klage, durch die nachtheilige Wirkung

der Freiheit selber abzuheben. Denn daß die Polizei ihnen nicht abhelfen könne, hat der Herr Vorredner schon zugesanden. Wenn ich davon spreche, Propaganda für das Versicherungswesen zu machen, so betrete ich damit einen Boden, wo ich mich mit dem Hrn. Minister des Innern in Uebereinstimmung befinden, der in der Rede, welche er bei Eröffnung des statistischen Kongresses im Jahre 1864 hielt, aussprach: "Die Statistik will die Anhäufung des produzierten Gutes kennen lernen und hält dafür, daß die Versicherungssumme ein brauchbares Maß dafür sei. Sie würden Recht haben, wenn die Versicherungen schon so allgemein wären, als sie es zu sein verdienen." In demselben statistischen Kongress wurde eine Nummer der amtlichen Zeitung Seitens des Bureaus vorgelegt, welche einen Gesetzentwurf für die Befreiung des Versicherungswesens enthält. Ich weiß nicht, ob es in Preußen Sitte werden soll, mit guten und befreien Gesetzentwürfen bloß Staat zu machen, wenn aus allen Ländern der civilisierten Welt wissenschaftliche Männer versammelt sind, ob sie nicht auch dazu dienen sollen, in's Leben zu treten.

Die Hauptthätigkeit des Handels und innerhalb des umberziehenden Handels ist nicht blos, die Befriedigung der bestehenden Bedürfnisse aus den bevorstehenden Vorräthen zu ermitteln, sondern vor Allem Bedürfnisse zu wecken. Denn Steigerung der Bedürfnisse der Menschen heißt Steigerung der Arbeitskraft und Steigerung der Kultur. Dadurch, daß Sie die Propaganda der wohltätigen Fürsorge der Versicherungs-Gesellschaften für die Bevölkerung in allen Zweigen des Lebens frei geben, verbreiten Sie Wohlstand und Zufriedenheit in der Bevölkerung, deren Höhe sich nicht berechnen läßt; aber sie wird groß sein, denn seit der Freigabe des Versicherungswesens und Aufhebung des Konzessionszwanges für die Agenten ist der Geschäftsbetrieb der Versicherungsgesellschaften sehr gestiegen. So z. B. stieg seit jener Zeit die Gesamtsumme der Lebensversicherungen von 80 auf 180 Millionen. Redner widerlegt nun mehrere Einwendungen des Abgeordneten Freiherrn von Nordensteyn gegen seinen Antrag. Wenn man ihm das Gesetz von 1837 entgegenhalte, das doch gegeben sei, um mehrere Missstände zu beseitigen, so bedürfe es hierüber keiner Worte; die Unterschrift "v. Nordensteyn" erklärt alles. Seitens der Regierung ist nur Einspruch erhoben gegen die Befreiung der Feuerversicherungs-Agenten; weshalb die Lebens- und Hagelversicherungs-Agenten und andere nicht befreit werden sollen, hat sie uns verschwiegen. Aber die Feuerversicherungs-Agenten sind die Privat-Konkurrenten der öffentlichen Societäten. Die einzige Folge, welche die Privatkonzurrenz herbeiführt, ist die, daß sie besser eindringt in die ganze Bevölkerung. Ich bitte Sie, fordern Sie durch Annahme meines Gesetzentwurfs einen Zweig der Wirtschaft und Thätigkeit, welcher den Wohlstand und die ungetrübte Lebensfreude fördert, die Freude am Kulturreben verbreitet und unsere Kultur selbst und den Wohlstand der Gesamtheit vermehrt.

Berichterstatter Abg. Cornely: Die Petitionen, welche uns vorliegen, fordern auf's Dringendste, im Interesse des Gesamtwohles und des Staates, das Versicherungsgewerbe zu erleichtern. Wenn man nun meinte, dadurch würde für das Publikum nur eine Belästigung entstehen, so ist dies falsch; Jeder weiß, wogegen die Polizei Schutz gewährt. Wenn aber ein Herr Redner sagt, die Polizei werde denselben Agenten, welche sich gut und zuverlässig benehmen, recht gern eine Erweiterung gestatten, so wollen wir das eben nicht, daß die Agenten abhängig gemacht werden von der Gnade und dem Wohl- willen der Polizei; wir wollen sie frei stellen. Nicht die Zahl der Agenten soll maßgebend sein, sondern das Agenturgeschäft selbst soll ausgedehnt werden; dann erst werden sich tüchtige Agenten finden, wenn ihnen ein größerer Wirkungskreis gegeben wird, um alle ihre Kräfte anzuspannen. Nicht blos das Interesse der Provinzial-Feuer-Societäten, sondern ich glaube mit dem Abgeordneten für Stettin, daß die Fürsorge, welche die Regierung gegenüber dem Volke für die Versicherungs-Agenten gehegt, bisher dazu geführt hat, die Agenten als Leute zu behandeln, denen man die Thür weisen müsse. Die Kommission meinte, daß zur Erweiterung eines geordneten Zustandes der menschlichen Gesellschaft, zur Beseitigung der häßlichen Ansichten, zur Erweckung eines Selbstgefühls nothwendig sei, nicht so lange zu warten, bis der Staat die Initiative ergreife, sondern, daß es geboten sei, selbst in der Sache vorzugehen. Im Interesse der Entwicklung unseres Gesamtwohles bitte ich, dem Gesetzentwurf ihre Zustimmung zu geben.

Da die Abstimmung, sowohl bei der Probe als Gegenprobe, zweifelhaft ist, so wird zur Zählung geschritten. Das Resultat ist, daß der Gesetzentwurf mit 126 Stimmen gegen 104 angenommen wird. Dagegen stimmten die Konservativen und von den Utiliberalen die Abg. Frhr. v. Vincke (Hagen), v. Fock, Jubel; von den Katholiken die Abg. Rohden, Machat ic.

Das Haus tritt in den vierten Gegenstand der Tages-Ordnung, den Bericht der Kommission für Agrar-Verhältnisse über den

Entwurf eines Vorfluth-Gesetzes für Neu-Vorpommern und Rügen. Eine General-Diskussion findet nicht statt. Bei der Spezial-Diskussion nimmt zu § 1 das Wort der Abg. Graf Kleist: Dieses Gesetz bietet Gelegenheit, berechtigte Wünsche auszusprechen, welche in allen Landesteilen gehabt werden, wo das Allgemeine Landrecht gültig ist. Im §. 18 u. ff. finden wir in diesem Gesetz die Maßnahmen vorgeschrieben, welche geeignet sind, um eine Besserungsanlage in das Werk zu setzen; mit diesen Grundsätzen kann ich mich nicht einverstanden erklären. Ich habe mich wiederholt davon überzeugt, daß die große Erfahrung, welche gesetzlich noch besteht, es verschuldet, daß viele Anlagen unterbleiben. Gerade die Vorfluths-Anglegenheit ist eine nötige und nützliche Sache. Ich würde den Umstand für erheblich genug gehalten haben, um meine Wünsche im Wege der Amendierung perfekt zu machen, allein da ich den betreffenden Landesteilen dieses Gesetz nicht länger vorenthalten will, so enthalte ich mich dessen und bitte Sie, für das Gesetz zu stimmen.

Regierungs-Kommissar Geh. Reg.-Rath Greiff: Der Grundbegriff, daß die Kosten von Allen getragen werden, die davon Vortheil haben, gilt nicht im Allgemeinen für den Theil der Monarchie, wo das Allgemeine Landrecht Geltung hat, sondern nur für den Theil, wo das Vorfluthsgesetz von 1859 gilt. All-in dies gilt nur von den Unterhaltungskosten; die Regierung steht darüber in Beziehung, ob diese Bestimmung auf die neuen Landesteile ausgedehnt werden soll, und es wird erogen, ob eine größere Vereinfachung zulässig sei; daraus wird sich ergeben, ob Unterhaltungs-Behörden sich damit befassen können. Mit dem Gegenstande ist die Regierung beschäftigt und werden die Ergebnisse seiner Zeit bekannt werden.

Nachdem der Berichterstatter Abg. Dr. Lette noch einmal den Kommissions-Antrag beantwortet, werden die §§ 1—32 ohne jede weitere Diskussion und schließlich der ganze Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Das Haus tritt in den fünften Gegenstand der Tagesordnung, den Gesetzentwurf, bereffend das Güterrecht der Ehegatten im Bezirk des Justiz-Senates zu Ehrenbreitstein, ein.

Berichterstatter Abg. Stelzer: Ihre Kommission, m. H., hat Ihnen den Vorschlag gemacht, den von der Regierung vorgelegten Entwurf abzulehnen, obwohl sie anerkennt, daß ein Bedürfnis für den Bezirk vorliegt, obwohl im Jahre 1863 der Justizsenat zu Ehrenbreitstein für die Prinzipien sich ausgesprochen hat, nach denen der vorgelegte Entwurf ausgearbeitet ist, und obwohl 1865 das Abgeordnetenhaus einen fast gleichen Gesetzentwurf einstimmig beschlossen hat. Bei dieser eigenthümlichen Sachlage und der Wichtigkeit des Gesetzes für den betreffenden Bezirk dürfte es sich vielleicht rechtfertigen lassen, wenn die Gründe der Kommission hier noch einmal dargelegt würden; allein, da sie schon in dem Bericht angegeben sind, so enthalte ich mich desselben. Nur war es Wunsch der Kommission, daß der Referent den Grund darlegen möchte, warum sie Ablehnung beschlossen hat. Dieser Grund liegt nicht darin, daß die jegige Kommission etwa einer anderen Ansicht wäre, der Grund liegt vielmehr in den inzwischen neu erworbenen Provinzen; in diesen finden wir ganz ähnliche Verhältnisse vorliegend. Ihre Kommission ist der Ansicht, wenn wir in diesem Augenblicke ein derartiges Gesetz annehmen, so würden wir uns einer Unbilligkeit gegen die neu erworbenen Länder schuldig machen. Außer diesem Grunde ist Ihre Kommission auch noch der Ansicht, daß für den Justizsenat-Zeitz zu Ehrenbreitstein in diesem Augenblicke das Gesetz seine Bedenken habe, daß sich nämlich nicht übersehen lasse, ob seine Einführung noch wünschenswerth sei. Der Kreis Bezahl ist z. B. durch Nassau, in dem dasselbe Gesetz gilt, getrennt. Nehmen wir das Gesetz an, würden wir für Bezahl ein Sonder-Gesetz schaffen, während in Nassau noch das alte Gesetz bestehen bliebe. Es muß daher das Gesetz augenblicklich als inopportun bezeichnet werden. (Schluß folgt.)

sich an den Hauptverein anschließen möchten. In den nächsten Tagen wird mit der Veröffentlichung der Beiträge für die Stiftung der Anfang gemacht werden. — Nachdem von den Blättern in Betreff des Generals v. Manteuffel verschiedene Gerüchte verbreitet waren, daß er seine Entlassung nachsucht, daß ihm Urlaub auf ein Jahr gegeben worden u. a., hat sich die Sache jetzt faktisch erledigt. Herr v. Manteuffel ist seiner Stellung als kommandierender General des IX. Armee-Körpers (Schleswig-Holstein) entbunden worden; er bleibt General-Adjutant, doch nicht diensttuender General-Adjutant. Wie man hört, wird er sich nach Merseburg begeben und dort seine Präbende als Domherr übernehmen. Die Veranlassungen dieser Aktionen entschließungen dürfen ebensowohl aus polnischem wie aus militärischem Gebiet zu suchen sein. — Die Abschlüsse mit der Turn- und Toxischen Postverwaltung und die Unterzeichnung des Vertrages stehen für die nächsten Tage in Aussicht. — Das Landes-Deconome-Kollegium hat in Rücksicht der Staatsverweiterung eine neu Zusammensetzung erfahren. Die Berufung des ehemaligen hannoverschen Ministers Grafen v. Borries, der sich den preußischen Interessen bekanntlich nicht gezeigt hat, erklärt sich durch seine Stellung als Vorsteher des landwirtschaftlichen Hauptvereins zu Celle, indem er nehmlich nach den preußischen Bestimmungen schon als solcher Mitglied des Landes-Deconome-Collegiums ist. — Die Eröffnung der Pariser Ausstellung wird nach neuerdings hier eingegangenen Nachrichten eine Verzögerung erleiden, weil in Folge der Kälte verschiedene Einrichtungen, namentlich die Eisenbahnanlage, die nach dem Industriepalast führen soll, sich nicht bis zum 1. April — dem bisher beabsichtigten Eröffnungstermin — herstellen lassen werden. — Zu Gunsten der früheren hannoverschen Regierung werden fortgesetzte Verhandlungen aufgestellt, welche Sympathien erregen sollen, wie sie eine leidende Stellung wohl in Anspruch nimmt. In diesem Falle wären diese Sympathien jedoch falsch angebracht, und man kann es daher nur im Interesse der Wahrheit und der Sicherung der öffentlichen Meinung gegen unlautere Einflüsse mit Freuden begrüßen, daß die bezüglichen Verhandlungen durch eine so eben erschienene Broschüre in ihrem ganzen Umfange dem Publikum zugänglich gemacht worden sind. Letzteres kann sich darin von der wahren Sachlage überzeugen. Wer diese Actenstücke unbefangen prüft, wird erkennen, daß die Geschichte wohl keinen Fall aufweist, in welchem eine Eroberung nach jeder Richtung hin so vollkommen völkerrechtlich und politisch gerechtfertigt war, als in dem Falle des Ereignisses, welche Hannover zur preußischen Provinz machten. Der Gang der Verhandlungen, die zu diesem Ergebnis führten, stellt der preußischen Regierung das Zeugnis nicht nur der zartesten Rücksichtnahme, sondern auch einer beispiellosen Langmut aus, welche einzig und allein nur durch die ganz unmotivierten Feindseligkeit und mehr noch durch die Treulosigkeit der hannoverschen Regierung überboten wurde. Weshalb trat Hannover auf Österreichs Seite? Die von ihm durch alle Phasen des preußisch-österreichischen Streites kund gegebenen Auffassungen geben dafür so wenig Grund, daß sie Hannover recht eigentlich auf Preußens Seite stehend zeigen. Wäre Wort und That bei Hannover einstimmig gewesen, so hätte das Gegenteil von dem eintreten müssen, was die Entwicklung der Dinge tatsächlich herausstellte. Es waren nicht die Phasen des preußisch-österreichischen Streites, welche die hannoversche Politik bestimmten, die sich ja stets gegen Österreich und für Preußen ausgesprochen, so namentlich in der augustenburgischen Frage: Österreich wollte den Augustenburger zum Souverän der Herzogthümer machen und begegnete dabei den hannoverschen Einwendungen auf der gleichen Linie der preußischen. Der Wendepunkt der hannoverschen Politik liegt auf einem ganz anderen Felde. Daß Preußen auf die Bundesreform überging, daß es den alten Bund befestigen, Büsänder ein Ziel setzen wollte, welche Particularismus auf Kosten einer Kräftigung Deutschlands fristeten — das war es, was Hannover mit unversöhnlichem Haß gegen Preußen erfüllte und für die diesseitigen Vorstellungen blind und taub machte. Es geht dies aus den Actenstücken evident hervor, welche die erwähnte, unter dem Titel: "Die Verhandlungen zwischen Preußen und Hannover im Jahre 1866 über den Abschluß eines Neutralitäts-Vertrages" bei R. von Decker erschienene Broschüre übersichtlich zusammenstellt und können wir dieselbe nur der eingehendsten Beachtung der Leser angelehnlich empfehlen. Die Lage, in welcher Preußen Hannover gegenüber sich befand, war gänzlich unvereinbar mit den natürlichen Bedingungen des preußischen Staates, welcher innerhalb seines Machtgebiets einen Staat nicht ertragen konnte, der wie Hannover im Rücken Preußens lagend, eine feindselige und treulose Politik befolgte, für welche an jedem Tage die Verpflichtungen des vorhergegangenen Tages so gut als nicht gewesen waren. — Daß der preußische Gesandte in Wien eine Auflösung über die österreichische Truppenkonzentration in Galizien nachge sucht habe, wie die "Berliner Reform" behauptet, ist

gänzlich unbegründet. Ein solches Nachsuchen würde jedenfalls eher Rußland als Preußen zustehen.

Die Kommission des Herrenhauses, welcher die Vorberathung über den Gesetz-Entwurf wegen Zahlung von Reisekosten und Diäten an die in Preußen gemählten Mitglieder des Reichstages des Norddeutschen Bundes aus der Staatskasse überwiesen war, hat den Beschluss gefaßt, dem Herrenhause die Ablehnung dieses Gesetz-Entwurfs zu empfehlen.

In Kassel soll für das chemals kurhessische Gebiet eine General-Kommission zu Auseinanderlegungs-Angelegenheiten errichtet werden. Zur Organisation dieser Behörde sollen in nächster Zeit mehrere Ministerialräthe, unter ihnen auch ein Rath aus dem landwirthschaftlichen Ministerium, von hier nach Kassel gesendet werden. Demnächst ist auch für Hannover die Einrichtung einer solchen Behörde in Aussicht genommen.

Frankreich. Paris. In den pariser politischen Kreisen erzählt man sich, daß den Kaiser Napoleon das Programm zur bevorstehenden Session des gesetzgebenden Körpers in hohem Grade beschäftigt und dasselbe von ihm in Gemeinschaft mit Rouher und dem Marquis de Moustier ausgearbeitet werde. In der Thionrede, heißt es ferner, würde der Kaiser sich zu Gunsten der Einheit Deutschlands aussprechen, und dies als ein Unterpunkt seiner friedlichen Absichten für die Zukunft zu betrachten seien. Dann wird von den Anhängern der genannten Minister ausgestreut, jeder Gedanken an eine Gebietsweiterung werde von Napoleon entschieden zurückgewiesen werden, und dieser friedlichen Politik nach Außen sollte im Innern eine Verminderung der Abgaben auf den Grundbesitz entsprechen.

Während aber nun die Freunde Rouher's den Auftrag erhalten haben, die friedfertigen Gesinnungen der Regierung in alle Welt auszuposaunen, beweisen die ersten Maßnahmen der neuen Minister des Krieges und der Marine, daß man in den betreffenden Departements nicht müßig ist. Nach zuverlässigen Mitteilungen hat sich Rigault de Genouilly dahin ausgesprochen, daß ein Marine-Minister heutzutage sein Augenmerk vor Allem auf die beständige Vermehrung der Panzerflotte und der Marine-Artillerie zu richten hätte; er müsse auf neue Angriffs-mittel, auf dem entsprechenden Vertheidigungs-weke und auf die Ausbildung, Entwicklung und Verbesserung des Marine-Personals bedacht sein. Alle diese Arbeiten seien ernster Erwägung bedürftig, welche die angepaßtesten Kräfte aller Beamten des Seewesens ungesäumt in Anspruch nähmen. Im Einlange mit diesen Ansichten ist denn auch sofort der Bau von 15 neuen Panzer-schiffen angeordnet worden. Marschall Niel, der Kriegsminister, hat andererseits eine Arbeit über die festen Plätze und deren Stand in Angriff nehmen lassen.

Das "Journal des Debats" gibt eine ausführliche Beschreibung der Arbeiten, welche auf dem Ausstellungsbau des Marsfeldes bereits ausgeführt oder noch in Ausführung begriffen sind. In dem der Seine zu gelegenen Theile des Parks sind die Gebäudelkeiten für den Cercle International, für Photographie und Photosculptur, die Pavillons, Wachhäuser, Kioske und Mühlen bereits sehr vorgereitet. Zunächst fällt die Kirche auf, deren Neubau ganz vollendet ist. In der tunesischen Section arbeiten sechs tunesische Werkleute eifrig an den aus Holz geschnitzten Verzierungen und den Mosaikeböden eines Pavillons. China ist noch weit zurück, allein alle Vorarbeiten sind getroffen, daß die Pagode schnell emporsteigen kann. Dagegen nimmt sich Egypten mit seinem Säulentempel und seinen Pavillons jetzt schon imposant aus. Namentlich soll der Pavillon des Bicelönigs ein wahres Wunderwerk werden. In der Nähe der Kirche erhebt sich eine Windmühle, die aber durch eine Art Uhrwerk beliebig in Bewegung gesetzt werden kann. Daneben ist der allein in seinen Metallwänden 55 Meter hohe Leuchtturm, und rund um ihn herum an einem künstlichen Bach und Teich eine Menge von Werkstätten und Maschinenhäusern für die verschiedenartigsten Errichtungen. Außerdem befinden sich in diesem Theile noch die russischen Holzhäuser, ein Schweizerhaus, der schwedische und spanische Pavillon. Auf dem belgischen Raum der Militärsschule gegenüber, wird ein reservirter Garten angelegt. Ferner giebt es noch in dem Park einen kleinen Kristallpalast, ein Treibhaus, ein botanisches Diorama, einen Colibri-palast, einen Kiosk für Blumen und Bosquets, einen Kiosk für die Kaiserin, einen Pavillon für Orchester, einen besonderen Teich für die Karpfen von Fontainebleau, ein Süßwasser- und ein Salzwasser-Aquarium, von denen letzteres 45 Meter lang und 15 Meter breit wird. Beide werden durch eine künstliche Steinbildung in Grotten verwandelt. Im Innern ist das große Maschinentransport fertig. In dessen Mitte läuft eine 3 Meter hohe Galerie durch, auf der sich das Publikum bewegen darf, wenn es besonders bezahlt. Die Galerie hat eine Länge von 750 Metern. Die Räumlichkeiten für Archäologie und Künste sind vollendet, das Parquet in beinahe allen Sälen und Galerien gelegt, und überall wird an der Einrichtung für die einzelnen Aussteller, die Restauratio-nen, Buffets, Trinkhallen &c. gearbeitet. Der

Bahnhof, in welchen die Zweigbahn der Gürtelbahn einmündet, ist fertig. Er liegt an der Seine hart neben dem Ausstellungsbau. Rechts und links von der Jenabrücke erheben sich auf dem Quai zwei Gebäude, in deren einem die im Andret gefertigte Dampfmaschine des Linienschiffes "Friedrich" sich befindet. In dem anderen sind Maschinen der englischen Marine. Nebenan stehen zwei Maschinen von zusammen 60 Pferdekraft, um das Wasser der Seine in die Ausstellungsräume und bis in das Reservoir auf der Höhe des Trocadero zu leiten. Unter dem Quai hindurch führt ein Tunnel von der Landungsstelle der Schiffe in den Ausstellungspark.

Staaten. Eine für die Stellung der Katholiken in Preußen interessante Auslassung findet sich in dem offiziösen römischen Journal "Osservatore romano" vom 8. d. Ms. Ein längerer Artikel bespricht daselbst die Lage des Papstthums, wendet sich dabei gegen die von den Gegnern Preußens verbreitete Ansicht, daß in der Erweiterung der preußischen Macht eine Gefahr für die Katholiken liege und spricht sich vielmehr dahin aus, daß selbst ein zum Kaiserreich erweitertes Preußen dem Papstthum in keiner Weise bedrohlich würde. In der bisherigen Stellung der preußischen Regierung zur katholischen Kirche sei für die Katholiken der ganzen Welt die Beruhigung gegeben, daß auch ein neuer Zuwachs Preußens, sowie die Macht, welche dieser Staat schou erlangt habe, nicht gegen das Interesse der katholischen Kirche sei.

Lokales und Provinzielles.

Danzig, 29. Januar

— (Personalveränderungen in der Armee soweit sie unsere Provinz betreffen). — Sec. Lt. v. Franckius, vom 7. Okt. Inf.-Regt. Nr. 44, und Frhr. v. Funck, vom 4. Okt. Gren.-Regt. Nr. 5 sind zu Pr.-Lts., v. Unruh, Unteroff. vom 3. Okt. Gren.-Regt. Nr. 4, Will, Unteroff., und Drogand, char. Port.-Fähnr. vom 7. Okt. Inf.-Regt. Nr. 44, v. Byern, char. Port.-Fähnr. vom 1. Leib-Hus.-Regt. sind zu Port.-Fähnr. befördert. Klawitter, Sec.-Lt. vom 1. Aufg. 1. Bats. (Danzig) 4. Okt. Landw.-Regt. Nr. 5, ist im stehenden Heere und zwar als Sec.-Lt. im 8. Okt. Inf.-Regt. Nr. 45 angestellt, Nodé, Hauptm. n. Comp.-Chef vom 3. Okt. Gren.-Regt. Nr. 4, als Major der Abschied bewilligt. Müller, Marine-Intendantur-Secretair, ist zum Geh. exped. Secretär und Calculator, Wägler, Marine-Secretariats-Assistent, Tettendorf, Secretariats-Assistent von der Intendantur des V. Armee-Corps sind zu Marine-Intendantur-Secretären ernannt.

t. (Generalversammlung des Innungs-Vereins.) — Dieselbe wurde durch den Vorsitzenden, Herrn Bäckermeister Bich, eröffnet. Vor der Tagesordnung erstattete ein Herr Bericht über den Stand der, aus diesem Vereine hervorgegangenen Alterversorgung. Dieselbe ist vor etwa 3 Jahren gegründet, und haben die Statuten, welche ihr zum Grunde liegen, endlich in ihrer jetzigen Fassung die Genehmigung der betreffenden Behörde erhalten. Der eiserne Fonds beläuft sich heute schon auf über 600 Thlr. Da dieselbe jedoch laut Statut erst im künftigen Jahre ihre Tätigkeit beginnen darf, so steht zu erwarten, daß derselbe sich durch Hinzurechnung der Binsen, sowie der Jahresbeiträge seiner Mitglieder, noch bedeutend erhöhen dürfte; und dieses um so mehr, als der Handwerkerstand sich bei diesem wahrhaft gemeinnützigen Unternehmen hoffentlich jetzt (nach Genehmigung der Statuten) recht zahlreich beteiligen wird. Gerade die Unwissenheit, in welcher diese Angelegenheit von ihrer Entstehung an geschwungen, indem die zuerst entworfenen Statuten trotz unendlicher Mühe der Beteiligten, hauptsächlich des provisorischen Vorstandes, nicht in ihrer damaligen, den Beteiligten mehr zugänglichen Fassung, die Genehmigung erlangten, ist die Veranlassung der bis jetzt verhältnismäßig geringen Beteiligung gewesen. Jetzt, nachdem diese Kasse auch formell zu existieren angefangen, bedarf es wohl nur dieses Winkes, um unsere Mitbürger, welche einer Innung angehören, die dem Innungsvereine beigetreten, zu veranlassen, ihre Aufmerksamkeit und rege Theilnahme auch dieser Kasse zuzuwenden, welche die Verpflichtung übernimmt, ihren Mitgliedern bei eintretendem Alter im Falle der Bedürftigkeit eine dem Stande der Kasse angemessene Pension zu ertheilen. Der Handwerker ist also nicht genötigt, bei fremden Leuten um Almosen zu bitten, sondern hat ein Recht, eine Unterstützung bei seinen eigenen Standesangehörigen zu fordern. Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß diese Art, unterstützt zu werden, eine unendlich wohlthuendere ist, als die erste. Die Mitgliedschaft wird erworben durch ein Antrittsgeld von mindestens einem Thaler und einem jährlichen Beitrag von 12 Sgr. Aber auch selbst denen unserer Standesangehörigen, welche dieser Kasse zur Unterstützung nicht zu bedürfen hoffen, ist sie aus dem Grunde zu empfehlen, da ihnen hier auf eine leichte Weise der Weg gezeigt ist, ihrer Wohlthätigkeit eine bestimmte und ungemein förderliche Richtung zu geben. Sie sei deshalb hier Allen empfohlen und möge die nächste bevorstehende Generalversammlung derselben

recht viele neue Mitglieder unter sich sehen.

— Zur Tagesordnung übergehend, hielt Herr Stellmachermeister und Stadtverordneter Friedrich einen ebenso interessanten als allgemein verständlich gehaltenen Vortrag über den Oberländischen Kanal, zu welchem er mit vieler Mühe das reiche Material theils aus eigener Ansichtung, theils aus der diesem Riesentheater zum Grunde liegenden Statistik sich zusammengestellt hatte; sowie der selbe auch durch Skizzen auf der Wandtafel das Bild derselben veranschaulichte. Die reiche Ausstattung, welche dieser Vortrag durch das poetische Gemüth des Vortragenden erhielt und die darin hervorgehobenen Naturschönheiten, welche, mit der Kunst Hand in Hand, diese Stelle des lieben Vaterlandes als eine, der eigenen Ansicht jedes für Industrie, Kunst und Naturschönheiten empfänglichen Geistes und Gemüths werthe hervortreten ließ, machte in der Versammlung den lebhaften Wunsch regi im kommen den Sommer eine Exkursion dorthin vorzu nehmen, resp. sich einer solchen anzuschließen. Der einstimmige Dank der Anwesenden lohnte Herrn Friedrich für seine mühevolle Arbeit.

Nach einer für nöthig befundenen kleinen Pause fand noch die Besprechung einer Petition, behufs Gründung von Handwerkerbanken aus Staatsmitteln statt; indem sehr richtig aus dem Allg. Landrecht hergeleitet wurde, daß der Staat die Verpflichtung übernommen habe, den einzelnen Ständen, resp. Gesellschaften, welche für die Gesamtwohlfahrt besonders förderlich erwiesen, auch aus Staatsmitteln Unterstützungen zu Theil werden zu lassen. Daß der Staat bei vielen solchen Veranlassungen die er Pflicht nachgekommen, beweisen nicht nur die Königliche Bank, welche der Großindustrie und dem Handel dienstbar sei, sondern auch die Binsgarantien, welche derselbe für Eisenbahnanlagen, Chausseebauten, Kanäle, &c. übernehme; wie auch der meliorations-Fonds zur Verbesserung ländlicher Grundstücke. — Der Handwerkerstand, welcher vermöge der gewerblichen Ausbildung und theilweise Erziehung eines großen Theils der Staatsangehörigen einmal, sowie auch durch die schaffende Thätigkeit seiner Angehörigen dem Staat auf der gewerblichen und industriellen Höhe, welche er unter den Staaten Europa's einnimmt gebracht und gehalten, und welchem der Staat so manchen Genius der Kultur verdankt, er allein ist bis jetzt unberücksichtigt geblieben durch materielle Staatsunterstützung.

So möge denn auch das väterliche Auge der Staatsregierung diesem nützlichen Stande sich zuwenden, und nicht von ihm, der mit viel geringern eigenen Mitteln arbeiten muß, wie der Großindustrielle, verlangen, daß er nur auf diese beschränkte sich selbst helfe, während sie seinem Konkurrenten, dem Großindustriellen durch die Banken noch Mittel an die Hand giebt, sein Bemühen fruchtbar zu machen. Um 1/10 Uhr schloß der Vorsitzende die äußerst interessanten Verhandlungen, und wir schieden beinahe ungern von dieser so verständigen und zeitgemäßen Debatte der sogenannten Künstler, an denen wir trotz der Loupe den ihnen so oft mit Unrecht vorgeworfenen Sopf nicht wahrnehmen konnten. Möchten die Herren, welchen wohlfeile Redensarten über Alles gehen, nur mit eigenen Augen und mit Muth einmal diese See-säulige "Künstler" genannt betrachten, sie würden über ihre eigene Einfalt lächeln. —

— (Handwerker-Verein.) — In der gestrigen Sitzung hielt Herr Professor Tröger einen Vortrag über die deutschen Brüderschaften des Mittelalters. Von den Einrichtungen im Volksleben der Germanen ausgehend, erwähnt Redner der Opferversammlungen, welche in der Regel drei Tage in Anspruch nahmen und zu Gemeindebesprechungen, Gerichtssitzungen und Familienangelegenheiten verwendet wurden. Mit der Einführung des Christenthums schwanden die alten Gebräuche nur insofern, als die Kirche denselben ein christliches Gewand verlieh und solche in das Oster-, Johannis- und Todtentfest umkleidete. Unter Karl d. Gr. wurden die Schöppen- und Behngerichte &c. eingeführt und das Basallen- und Lehnswesen eingerichtet. Die Brüderschaften entstanden zum Schutz gegen Unterdrückung der kleinen Grundbesitzer und durch dieselben die durch kaiserliche Privilegien begünstigten Städte. Unter Heinrich dem Vogelsteller trennten sich in den Städten die Handelsreibenden und Handwerker, es bildeten sich Gilde, und diesen verdanken die Rathäuser, Rathskeller und andere kommunale Gebäude ihre Entstehung. Nächstdem begann die Gliederung des Handwerkerstandes. Hierauf geht Redner auf die ältere Baukunst über, erwähnt des Unterschiedes im griechischen, gothischen und arabischen Baustil, bedingt durch die Verhältnisse der Past und deren Unterstützung. Das älteste Gewerk sei das der Maurer und datire seine Gründung vom Jahre 876 unter Karl II., das der Steinmeier vom Jahre 1152. Die wie handwerkliche und Gewohnheiten, so wie die Werkzeugen beim Wandern und Gründen Nachsuchung von Arbeiten und Geschenken bildeten den Schluss des interessanten Vortrages. Bezüglich des ältesten deutschen Bauwerkes des Magdeburger Domes wurde noch erwähnt, daß sich in demselben ein Gitterthor befände, dessen Konstruktion unergründlich sei und von dem die Sage gehe, daß es der Teufel selbst gefertigt habe.

Hierauf zeigt Herr Joh. Krause eine Anzahl Blügel- und Plättelsteinen s. g. Selbstwärmern aus der Fabrik von Struve aus Osterode am Harz vor, welche sehr praktisch für Schneider und Waschfrauen sind und die je nach der Größe incl. Blasebalg, Bunge und Untersatz 4 Thaler 10 Sgr. bis 5 Thaler 20 Sgr. kosten. Durch dieselben werde eine große Ersparnis gegen die hier gebräuchlichen Bolzen-Plättelsteinen erzielt. Der Vorsitzende macht noch bekannt, daß am nächsten Abend die Mitglieder, welche ihr Leben bei der Germania versichert haben, eine Generalversammlung abhalten werden, — daß den nächsten Vortrag Herr Dr. Semon zugesagt habe und daß die Petition an den Magistrat betreffend die Kanalisation im Laufe der Woche in einer Vorstanderversammlung zum Abschluß gebracht werden soll.

— **Marienburg**, 27. Jan. Gestern ertönte Abends wiederum die Feuerlocke; es brannte eine bewohnte Kathe in der Biegelgasse, und zwar mit solcher Schnelligkeit, daß in kurzer Zeit nur noch die Brandstelle sichtbar war. Die Einwohner haben alles verloren. Es wurde sofort die Brandstiftung festgestellt und der, der Thäterhaft überführte frühere Eigentümer festgenommen. Heute brannte die Räucherkanne des Fleischermeisters Dominik aus, ein großer Vorraum Spek &c. ist mit verbrannt.

Handel und Verkehr.

Stettin, 28. Januar. (St.-Anz.) Weizen 76—87, Januar 83 1/2, Frühjahr 84—84 1/2, bez. u. Br. Roggen 55 1/2—56 1/2, Januar 54 1/2 G., Frühjahr 53 1/4—54 bez. u. Br., Rüb 1 1/2, Januar 11 1/2, April-Mai 11 1/2, Br., Spiritus 16 1/4 bez. Januar 16 1/2 G., Frühjahr 16 1/2—7 1/2 bez.

Berlin, 28. Januar. (St.-Anz.) Weizen loco 76—90 R. nach Qualität, exquisit gelb ufermärker 90 R. bez., Lieferung pr. Januar 80 R. nom., April-Mai 80—1/2 R. bez., Mai-Juni 81 1/2, R. bez.

Roggan loco 78—79 G. 56—3/4 R. ab Bahn bez., 79—80 G. 56 1/2—57 R. do., 80—83 G. 57 1/2—3/4 R. do., pr. Januar 57 1/2 bis 3/4—1/2 R. bez., Januar-Februar 56 1/2, bis 3/4 R. bez. u. Br. 1/2 G., Frühjahr 54 1/2—3/4 R. bez., Br. u. G., Mai-Juni 55 1/2, R. bez., Juni-Juli 55 1/2—3/4 R. bez.

Gerte, grobe und kleine, 46—52 R. pr. 1750 G. —

Hafer loco 26—29 R. schles. 28—1/2, R. böhmischer 28—1/2 R. ab Bahn bez., pr. Januar 27 1/2—1/2 R. bez., Frühjahr 28—1/2 R. bez., Mai-Juni 28 1/2 R. bez., Juni-Juli 29 R. nom.

Erbse, Kochware 60—68 R. Futterware 52—60 R. bez.

Rüböl loco 11 1/2 R. Br., pr. Januar 11 1/2—19 1/2 R. bez., Januar-Februar 11 1/2 R. Br., Februar-März 11 1/2 R. bez., April-Mai 11 1/2—5 1/2—3/4 R. bez., Mai-Juni 11 1/2 R.

Leinöl loco 13 1/2 R. Spiritus loco ohne Fäss 16 1/2—11 1/2 R. bez., pr. Januar, Januar-Februar und Februar-März 16 1/2—17 R. bez., Br. u. G., April-Mai 17 1/2—1/2 R. bez., 1/2 Br., 1/2 G., Mai-Juni 17 1/2—1/2 R. bez., Juni-Juli 17 1/2—3/4 R. bez.

Danzig, 29. Januar 1867.

Bahnverläufe.
Weizen, hellbunt, fein und hochbunt: 124/5—126 G. 95, 97 1/2—96, 98, weiß 100 Sgr.; 127—129 G. 97 1/2, 101 1/2—100, 103 1/2 Sgr.; 130, — 131/2 G. 132 — 133 G. fein 104, 107 1/2 Sgr. — Weizen bunt dunkel und abfallende Qualität 118/19/121/22 G. 83, 86—86, 87 1/2, Sgr. 122/23—124, 25 G. 87 1/2, 90—90, 92 1/2, Sgr. 126/27 G. 92 1/2, 95 Sgr. pr. 85 G. pr. Schffl. einzuwiegen.

Roggan, 120 — 122 G. 57 1/2—58 1/2 Sgr. 124 — 126 G. 59 1/2—60 1/2, Sgr. 127 — 128 G. 61 — 61 1/2, Sgr. pr. 81% G. pr. Schffl. einzuwiegen.

Gerte, fl. Futter 98/100 — 103/4 G. 47—48, 49 Sgr. pr. 72 G. pr. Schffl. einzuwiegen. — Gerte, fl. Mais 102—104 G. 48, 49—49 1/2, 50 1/2, Sgr. 106 — 108 G. 51 1/2, 52 — 53, 54 Sgr. 110 G. 54, 55 Sgr. pr. gemessenen Schaffel. — Gerte, große Mais 105—107 G. 52 53—53 45 Sgr. 110—112 G. 54, 55 1/2—55 1/2, 56 1/2, Sgr. 114 G. ohne Busfahr. Sgr. pr. 72 G. pr. Schaffel einzuwiegen.

Hafer 27 1/2—30 31 Sgr. pr. 50 G. pr. Schaffel einzuwiegen.

Erbse, weiße Koch 62 1/2—64, 65 Sgr., abfallende 57 58—60 61 Sgr. pr. 90 G. pr. Schaffel einzuwiegen.

Spiritus: 16 pr. 8000 % Tr. bez.

Danziger Börse.

Börsenverläufe:

Für Weizen war heute nur geringe Kauflust vorhanden; gestrige Preise waren schwer zu erreichen. Umsatz 50 Last. Bedungen wurde: für 114, 117 G. 500, 118/9 G. 510, bunt, 123 G. 530, gut und hellbunt: 125 G. 565, 127 G. 595, 127, 127/8 G. 600, 129 G. 610, 131 G. 615, hochbunt: 130/31 G. 625 pr. 5100 G. pr. Last.

Roggan unverändert. U

Amsterdam 250 fl. kurz	5	143 ^{7/8} b3
do. 2 Monat	5	142 b3
Hamburg 300 Mark kurz	4	151 ^{7/8} b3
do. 2 Monat	4	151 ^{1/2} b3
London 1 Pfstr. 3 Monat	4	6. 22 ^{1/8} b3
Paris 300 Fr. 2 Monat	3	80 ^{3/4} b3
Wien 150 fl. 8 Tage	5	76 ^{1/4} b3
do. do. 2 Monat	5	75 ^{3/4} b3
Augsburg 100 fl. 2 Monat	5	56. 22 b3
Frankfurt 100 fl. 2 Monat	3 ^{1/2}	56. 24 b3
Leipzig 100 Thlr. 8 Tage	6	99 ^{3/4} G
do. 3 Monat	6	99 ^{1/6} G
Petersburg 100 R. 3 Woch.	7	91 ^{1/4} b3
do. do. 3 Monat	7	89 b3
Bremen 100 Thlr. 8 Tage	4 ^{1/2}	110 ^{1/8} b3
Warschau 90 R. 8 Tage.	6	82 ^{1/2} b3

Preußische Fonds.

Anleihe von 1859	5	103 ^{7/8} b3
Freie Anleihe	4 ^{1/2}	99 ^{3/4} G
St.-A. von 54—55, 57	4 ^{1/2}	99 ^{3/4} b3
do. von 59	4 ^{1/2}	99 ^{3/4} b3
do. von 56	4 ^{1/2}	99 ^{3/4} b3
do. von 64	4 ^{1/2}	99 ^{3/4} b3
do. von 50—52	4	90 b3
do. von 53	4	90 b3
do. von 62	4	90 b3
Staats-Schuldscheine	3 ^{1/2}	85 ^{1/8} b3
Pr.-Aus. von 55 à 100	3 ^{1/2}	121 b3
Pr. und Rm. Sch.	3 ^{1/2}	82 h3
Ob.-Dch.-Oblig.	4 ^{1/2}	—
Kurz- u. Neum. Pfandbriefe	3 ^{1/2}	793 ⁴ b3
do. neue	4	89 ^{1/4} b3
Ostpreußische Pfandbriefe	3 ^{1/2}	783 ⁴ b3
do.	4	86 ^{1/4} b3
Pommersche "	3 ^{1/2}	79 ^{1/8} b3
do.	4	89 ^{1/4} b3
Westpreußische Pfandbriefe	3 ^{1/2}	763 ⁴ b3
do.	4	86 b3
do. neue	4	85 ^{1/2} b3
do. do.	4 ^{1/2}	94 b3
Preußische Rentenbriefe	4	90 ^{3/8} B

Gold- und Papiergeb.

Friedrichsb'or	113 ^{5/12} b3	Dollars	1.11 ^{1/2} G
Gold-Kronen	9.7 ^{3/4} G	Sovereigns	16.22 ^{1/8} b3
Louisd'or	111 b3	Russische Rubel.	82 ^{3/4} b3
Napoleonsd'or	5. 11 ^{1/2} b3	Polnische do.	—

Amtliche Nachrichten.

Seine Majestät der König haben Allernäbigst geruhet: Allerhöchstihrem Flügel-Adjutanten, dem Obersten von Stieble, zur Aulegung des von des Königs von Sachsen Majestät ihm verliehenen Komthukreuzes erster Klasse des Albrechts-Ordens, dem Major von der Burg vom Generalstabe des 3. Armeecorps zur Aulegung des von des Königs von Italien Majestät ihm verliehenen Comthukreuzes des Königl. italienischen Militär-Ordens von Savoyen, dem Major Grafen von Hardenberg, à la suite des Thüringischen Husaren-Reg. Nr. 12 und persönlichen Adjutanten des Prinzen Albrecht von Preußen Königlicher Hoheit, zur Aulegung des von des Herzogs von Anhalt Hoheit ihm verliehenen Commandeurkreuzes zweiter Klasse vom Orden Albrechts des Bären, dem als Adjutant beim General-Feldzeugmeister und Chef der Artillerie Prinzen Carl von Preußen Königlicher Hoheit kommandirten Hauptmann von Böhlitz des Rheinischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 8, zur Aulegung des von des Herzogs von Anhalt Hoheit ihm verliehenen Ritterkreuzes erster Klasse vom Haus-Orden Albrechts des Bären, dem Rittmeister a. D. von Muschwitz in Coburg, zuletzt Pr.-Lieutenant im 9. Husaren-Regiment, dem jetzigen 2. Rheinischen Jäger-Regt. Nr. 9, zur Aulegung des von des Herzogs von Sachsen-Coburg-Gotha Hoheit ihm verliehenen Ritterkreuzes erster Klasse des Herzoglich sachsen-ernestinischen Haus-Ordens, dem Prem.-Lieut. Grafen von Galen, vom Dragoner-Regiment Nr. 16, zur Aulegung des von des Großherzogs von Oldenburg Königl. Hoheit ihm verliehenen Ritterkreuzes zweiter Klasse mit Schwertern des Hauses und Verdienst-Ordens des Herzogs Peter Friedrich Ludwig, dem zur Dienstleistung bei des Prinzen Friedrich Carl von Preußen Königl. Hoheit kommandirten Sec.-Lieutenant Grafen von Kanitz des 1. Garde-Dragoner-Regts. zur Aulegung des von des Herzogs von Anhalt Hoheit ihm verliehenen Ritterkreuzes erster Klasse vom Hausorden Albrechts des Bären, dem Sec.-Lieutenant von Kessel vom 4. Thüringischen Infanterie-Regiments Nr. 72, zur Aulegung des von des Herzogs von Sachsen-Coburg-Gotha Hoheit ihm verliehenen Ritterkreuzes zweiter Klasse des Herzoglich sachsen-ernestinischen Hansordens und dem Major z. D. von Woedke zuletzt im 2. Posenschen Infanterie-Regiment Nr. 19 zur Aulegung des von des Großherzogs von Sachsen Königlicher Hoheit ihm verliehenen Ritterkreuzes erster Klasse des Hansordens vom weißen Falten, Alterhöchstihre Genehmigung zu ertheilen. Ferner: den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem Rechnungs-Rath und Hofstaats-Secretair Kanzli, den Nothen Adler-Orden 4. Klasse am weißen Bande mit schwarzer Einfassung dem Stallmeister Ried, den Rothen Adler-Orden 4. Klasse dem Kammerdiener Schmidt und das Allgemeine Ehrenzeichen am Bande des Rothen Adler-Ordens mit einem schwarzen Streifen; dem Leib-Reitnach Seelbinder zu verleihen.

Die wahren Theaterschulen.
(Schluß.)

Heutzutage bringt eine Mutter, der es aufrichtig um das Glück ihrer Tochter zu thun ist, dieselbe, sobald sie sich selbstständig auf den Füßen halten kann, in die Ballettschule. Dahin braucht sie nichts mitzubringen, als gerade Glieder und ein leidlich hübsches Gesichtchen. Eine rationelle Gymnastik macht sie geschmeidig und gelenk und belebender Umgang bereitet sie rechtzeitig von tundischen Vorstellungen und altwäterischen Vorurtheilen, welche ihrem Fortkommen nur hinderlich sein könnten. Ihrer Aufklärung und der Aneignung praktischer Lebensansichten wird eine weise Mutter keinerlei Schranken ziehen, aber zu wachen hat diese, daß nicht zu früh der Theorie die Praxis folge. Sie hütet das Töchterchen wie einen Pfirsich am Spärier, der erst gebrochen werden darf, wenn er völlig gereift, rothwangig, flaumig und dabei unlästig geblieben ist: umso

theurer ist er dann an den Mann zu bringen. An Abnehmern fehlt es so ausserlesener Ware nie, aber das Geschäft muß auch ein reelles rentables sein, für Nächter sind Juwelen gelegt. Ist der rechte Moment eingetreten, so zeigt sich die kleine Ballerina welche bisher im Percailliekleid über die Gasse schlüpft, plötzlich in schwerer Seide und wenn ihr verschönte eine summe Rolle zugethilf ist wird, zum Beispiel ein armes Mädchen, das von der tugendhaften Helden des Stückes Almose empfängt, so glänzen Perlen an ihrem Halse und Brillanten in ihren Ohren. Der alte militärische Regisseur brummte vielleicht etwas von einer albernen Gans, die nicht einmal zum "Statiren" verwendet werden könne. Er freut sich aber das Kunst-Institut eines intelligenten Leiters, so wird dieser schnell erkennen, daß das aufblühende Talent anders beschäftigt werden muß. Die kleine hat ja augenheilige Besiegung für Charaktere in Stoffkleider und mit echtem Schmuck, mithin erhält sie solche. Und mit den Rollen steigert sich ihr Tauschwert. Man ist erstaunt über ihre schnelle Entwicklung; Theater-Journale sprechen von ihrer blendenden geschmackvollen Toilette, Diplomaten, Banquiers und Photographen antizipieren bei ihr und bald begreift Ledermann, daß ein Mädchen von so glänzenden Mitteln (Gaben, wenn der Ausdruck besser gefällt) unmöglich an einer Provinz- oder Vorstadttheater gedrunken, einflussreiche Gönnner überzeugen den Intendanten, daß er den Verfall des Hoftheaters verschulden werde, wenn er nicht suche, das aufgehende Geist zu jedem Preis zu gewinnen, und dem Intendanten sieht seine Pflicht und die Heiligkeit der Kunst viel zu hoch, als daß er zaubern könnte.

Nun ist sie Hofschauspielerin und wehe dem, der noch an ihrer Künstlerhaft zu zweifeln wagte! Möglicherweise wagt das doch Einer oder der Andere; hämische Kritiker fordern die Dame vielleicht auf, Gehör und Stehen zu lernen und sich eine Sprachlehre zum Privatstudium zu kaufen. Allein wer kennt nicht die schmutzigen Motive solcher Anfeindungen! Die durch Geburt und Besitz Urheilsfähigen entschädigen die Künstlerin durch um so reichsicherer Beifall, sie heißt „imiere“, sie geht auf Gastspiele, sie „schafft“ Rollen, ihr Bild erscheint in der Illustrirten Zeitung, ihre Biographie in der „Deutschen Schaubühne“, ein Lyriker widmet ihr fünfzig Sonette und Heribert König gibt „Charakterstück nach Clotilde Schubel“ heraus.

Ist das nicht ungeschminkte Wahrheit? So sehr, daß überall, wo man dies lesen sollte, treit entsteht wird, ob die berühmte X oder die noch berühmtere Y zu dem Porträt gesessen habe. Es brauchen also nicht eben östentatuelle Institute zu sein, im Privatunterricht werden die gleichen Prinzipien verfolgt. Schönheit muß die Natur liefern, mit Weit- und Menschenkenntniß, mit der Fertigkeit, sich geschickt und losbar an und gräßig auszuziehen, zu lächeln und zu ängeln, eine Zweideutigkeit verständlichvoll zu pointiren, damit statt die Schule aus. Früher wurde das Theatervoll leichtfertig, jetzt strebt alles leichtfertige Volk zum Theater, welches allmählig zum Range eines jener „Salons“ erhoben wird, welche in der Nähe verächtiger Stadttheile als neutraler Boden figuriren. Man zeigt sich, kostüirt, knüpft Bekanntschaften an, und alles das mit größerer Freiheit, als selbst die nachsichtige Polizei in Marseille, Argyle Rooms, in der Rue des Gayes, oder am Dammenthorwall gestatten kann. Das Publikum ist damit zufrieden, die Terminologie wird offiziell beibehalten, und wir — wir acceptiren den Zustand der Dinge rücksichtslos, wie es verständigen Männer geziemt.

Am 15. Februar d. J. findet die Ziehung des von der Regierung gegründeten und garantirten

Neuen

Staats-Prämien-Antheus

statt, welches in seiner Gesamtheit 300,000 Gewinne enthält, worunter sich solche von 3 mal 60.000, 5 mal 50.000, 3 mal 45.000, 10 mal 40.000, 9 mal 35.000, 4 mal 32.000, 10 mal 30.000, 3 mal 25.000, 16 mal 20.000, 5 mal 18.000, 3 mal 16.000, 9 mal 15.000, 10.000, 5000 Fres. u. s. w. befinden.

1 Loos für eine Ziehung mit Serie- und Gewinnnummer kostet 20 Gr., 4 Loos 2 Thlr., 9 Loos 5 Thlr. und 20 Loos 10 Thlr. — Ein Loos für alle Ziehungen gällig, welches einen Treffer erhalten muß, kostet 5 Thlr.

Der Preis der Loos ist so billig als möglich gestellt, damit sich Ledermann an der erwähnten Ziehung beteiligen kann.

Gest. Bestellungen werden gegen Einwendung des Betrages oder Postaufnahmen prompt ausgeführt. Päne und Gewinnlisten werden den Teilnehmern franco und unentgeltlich überandt.

Briefmarken und Coupons werden in Zahlung genommen.

Heinrich Bach.

in Frankfurt a. M.

Merino-Kammwoll-Bock-Auction

zu Bautz.

Freitag, den 15. Februar 1867 Vormittags 11 Uhr über 30 klassifizierte Kammwolljährlinge böcke, ohne Beimischung von französischem Blut aus meiner seit 27 Jahren rationell gezüchteten Kammwoll-Stammherde.

G. C. Hopp.

Zastzembie liegt 1½ Meilen von Bromberg an der Bromberg-Daniger Chaussee.

Für ein Samengeschäft sucht man thätige Agenten. Frankirte Annerbitten unter C. F. 4 befördert die Annoncen-Expedition der Herren Sachse & Co. in Leipzig.

Mit kais. königl. Ministerial-Approbation. Vor Füllschangen wird gewarnt!

Per Paquet 4 Sgr.

oder 14 Kr.

MEDAILLE

1857

MENTION

honorable

COLLECTOR

FRANZ STOLLWERCK

DECEMBER 1860

STOLLWERCK

liegen Hals und

Brustleiden

des

BRUNNEN

DRUCKER

und

VERLEGER

in

BERLIN

DEUTSCH

REICH

DEUTSCHE

REICH